

Kampfbogen

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelheft wöchentlich, Bezugspreis für Haus monatl. 2,40 RM. Durch die Post 2,60 RM. für die Stadt und ergebnislos am Markt in einem Burettagepostfach die Beschaffung von Lebensmitteln zu billigen Preisen. In mehreren Buchhandlungen wiederholten sich die eigenen billigen Einkäufe. Später plünderte die erregte Menge zwei Materialwarengeschäfte, ein Bekleidungs- und ein großes Schuhwarengeschäft. Auch die Beschaffung einiger Produkte wurde geplündert. Schließlich gelang es dem Einfluß von örtlichen Arbeitsehrern, die Menge von weiteren Plünderungen abzuhalten. In der Nacht trat Schup von Kottbus ein, und am Sonnabend eine weitere Hundertzahl. Gegen dreißig Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Kassenpreis beträgt 10.- RM. für den Abnehmer 5,50 und Spalt: 10.- RM. für Postamt, einschließlich an den dreifachfachen Tarif. Einzelheft bis vorwärts. 9 Uhr abends, größere tags vorher. - Postfachkonto: Leipzig 1083 48, Postfach, Halle

Einzelpreis 10 Mark

Montag, den 6. November 1922

2. Jahrgang, Nr. 260

Der Hunger treibt zur Verzweiflung

Hungerrevolten der Textilarbeiter in Forst

Forst (Saalkreis), 5. November.
Am Freitagabend ist es in Forst zu Unruhen gekommen. Nachmittags 4 Uhr hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Rathaus eingefunden, um zu erfahren, welchen Ausgang die Schlichtungsverhandlungen in den Lohnangelegenheiten der Textilindustrie genommen hätten. Die Massen bekamen keine Auskunft, wurden nicht in das Rathaus hineingelassen, und ihre Enttäuschung machte sich namentlich in verweigerter Arbeit geltend. Sie gingen durch die Stadt und erregten am Markt in einem Burettagepostfach die Beschaffung von Lebensmitteln zu billigen Preisen. In mehreren Buchhandlungen wiederholten sich die eigenen billigen Einkäufe. Später plünderte die erregte Menge zwei Materialwarengeschäfte, ein Bekleidungs- und ein großes Schuhwarengeschäft. Auch die Beschaffung einiger Produkte wurde geplündert. Schließlich gelang es dem Einfluß von örtlichen Arbeitsehrern, die Menge von weiteren Plünderungen abzuhalten. In der Nacht trat Schup von Kottbus ein, und am Sonnabend eine weitere Hundertzahl. Gegen dreißig Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der „Bormärts“ bringt in seiner Sonntagausgabe diese Meldung ohne eine Zeile Kommentar. Sein Parteigenosse Hilferding hat als Agent der fetten Bourgeoisie, deren zielgerichtete Angst vor drohenden Hungerrevolten durch den Verzweiflungsausbruch der hungernden Textilarbeiter in Forst neue Nahrung bekommt, im voraus bereits diesen Arbeitern den Stempel der „moralischen Entartung“ angeheftet. Er war es, der in Verhandlungen über ein „positives Programm“ die Arbeiter als der „Wanderungs-Philosophie“ verfallen denunzierte. Dieses Geheiß des Stimmorgans machte es den Herren am Sonntag leicht, vor neuen Anträgen die Hilferding warnt, über die moralische Entartung und die Wanderungs-Philosophie der Arbeiter zu schwätzen.

Es kann nur das böse Gewissen sein, das diese Schuld belohnen dazu drängt, nach der Methode „haltet den Dieb“ einen Spießfuß anzuführen. Sie wissen, daß infolge der rasend steigenden Löhner die Kinder des Proletariats am Hunger sterben, daß die abgehärmten Frauen verzwweifelt von Gehäuf zu Gehäuf schleichen, ohne für den Bettelstolz, den der Mann mit nach Hause bringt, das kümmerliche zum Leben gehören zu können. Sie wissen, daß nicht nur politische Revolutionen, sondern auch Angelegenheit und Unterbeamte abgerufen und heruntergenommen sind, während der Rille des Winters entgegenstehen! Sie wissen, daß Hunger und Elend zu Verzweiflungsausbrüchen führen können, weil die schwache Regierung unfähig zur Hilfe ist und die Kapitalisten nicht helfen wollen. Sie wissen das alles und fördern — über die Kommunisten.

Wir aber legen den kapitalistischen Verwahrlosten und ihren Helfern: Ihr selbst und ganz allein Ihr seid schuld an jeder Plünderung! Den Hungernden und Verenden aber rufen die Kommunisten zu Plünderungen führen Euch nicht helfen. Der Schwand und der Schand, den Ihr damit der Bourgeoisie einlegt, ist bald überwinden und die Kravalle werden der unerschütterlichen und halbtägigen Bourgeoisie nur den willkommenen Anlaß bieten, durch einen grausamen Mord jedes Aufstaders der Kampfeslust in einem Blutbade zu erlösen und dafür zu sorgen, daß Ihr durch Belagerungszustand und Ausnahmezustand immer noch und mehrlos in die ausserordentlichen Plänen geliefert werdet.

Wir Kommunisten sagen den Arbeitern: Jawohl, ihrzeitet zur Selbsthilfe. Schafft Euch dafür Eure eigenen Organe, die proletarischen Kontrollausschüsse! Treibt Eure Betriebsräte zu geliebter Tätigkeit, zu energischen Maßnahmen an! Bist Euch nicht zu Einzelkämpfern und Verzweiflungsausbrüchen.

Bormärts zum Reichsbetriebsrätegesetz, zum organisierten Kampf der proletarischen Selbsthilfe!

Die Spitzenverbände für Aufhebung des Achtstundentags

Berlin, 5. November.
Vant Mitteilung des IWB, haben die vier Spitzenverbände der Gewerkschaften am Sonnabend eine Delegation zum Reichsarbeitsminister geschickt, um ihm ihre Stellungnahme zur Frage der Arbeitszeit darzulegen. Die Gewerkschaften sind bereit, ihre Zustimmung zu einer möglichst ergebnisreichen Ausnutzung der Arbeitszeit zu geben und zu ihrer Unterstützung an die durch Zeit und Umstände bedingten besonderen Bedürfnisse der Gesamtarbeiterschaft. Die Gewerkschaften wünschen, daß die isperierende Arbeitszeitgesetzgebung dem Rechnung treue dadurch, daß sie sich grundsätzlich auf den Boden des Achtstundentages stelle, gewisse Ausnahmen in der Arbeitszeit, aber im übrigen es den Tarifverträgen überlassen, bei besonderen Bedingten der wirtschaftlichen Lage im Interesse des Gesamtwohls Günstige zu tun. Zu diesem Zusammenhang erschien den Gewerkschaften eine möglichst gleichzeitige Vorlegung und Beratung der Arbeitszeitgesetze mit dem Tarifgesetz, dem Arbeitsgerichtsgesetz

gleich und der Schlichtungsordnung notwendig. — Der Reichsarbeitsminister ist jedoch die Hoffnung aus, daß es in der Frage der Arbeitszeit wie bisher zu einer Verständigung zwischen Regierung und Gewerkschaften kommen würde.

Dem Ruf des Reichsarbeitsministers Robert Schmidt und des Wirtschaftsausschusses der IWB, Hilferding folgten, haben die Gewerkschaftsführer sofort ihr Einverständnis gegeben, um die von ihnen verlangte Steigerung der Produktion möglichst herbeizuführen. Sie betonen zwar vor dem Reichsarbeitsminister, daß sie „grundsätzlich“, d. h. auf dem Papier, auf dem Boden des Achtstundentags stehen, sie sind aber bereit, in allen Industrien die durch die besonderen Verhältnisse nötigen Ausnahmen zuzulassen, genau so wie sie im Vergangenen zur Zustimmung zur achtstündigen Arbeit und bei der Reichsbahn zur Aufhebung des Achtstundentags durch die „Dienstverordnungen“ gegeben haben. Ja, die reformistischen Gewerkschaftsführer wünschen, daß die Einwirkung der verschiedenen Arbeitsehrer, die die Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentags vorsehen, möglichst schnell erfolgen, sowie, daß das berichtigte Tarifrecht, die Schlichtungsordnung gleichzeitig mit ihnen in Kraft treten soll. Die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer bedeutet praktisch die Preisgabe des Achtstundentags und das Einverständnis zur völligen Anhebung der Arbeitszeit.

Ein gewaltiger Sieg der Kommunisten Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahl (Eigene Dramatisierung)

Leipzig, 6. November.
In der inneren Stadt Leipzig ist die Zahl der kommunistischen Stimmen von 9884 im Jahre 1920 auf rund 24.000 emporgestiegen, die damit ungefähr ein knappes Drittel sämtlicher sozialistischer Stimmen repräsentieren. Die Gesamtzahl für Groß-Leipzig beträgt: Deutschnationale 52.396, Deutsche Volkspartei 101.693, Zentrum 2902, Demokraten 29.725, WSPD, 140.258, Kommunisten 45.580.

Im gesamten Wahlkreis Leipzig erhielten bis nachts 2 Uhr an Stimmen:

	1922	Landtagswahl 1920
Deutschnationale	85.468	119.730
Deutsche Volkspartei	137.686	116.618
Zentrum	3.242	2.735
Demokraten	50.712	35.700
WSPD	221.143	261.109
Kommunisten	68.009	24.101

Das vorläufige Ergebnis in Düsseldorf

Düsseldorf, 6. November.
Nach den bis 11 Uhr nachts vorliegenden Ergebnissen wurden in Düsseldorf abgegeben insgesamt für Deutschnationale Partei 68.065 (bei der letzten Landtagswahl im November 1920: 46.178) Stimmen, für die Deutsche Volkspartei 68.092 (55.813), WSPD, 140.646 (Mehrheits- und unabhängige Sozialisten) (einzelnzeitig zusammen 102.121), Zentrum 4506 (3789), Kommunisten 20.124 (9744), Deutschnationale Partei 6012 (0), Demokratische Partei 29.470 (18.490). — Das Gesamtresultat im Wahlkreis Düsseldorf ist nach bisheriger Zählung: Insgesamt abgegeben wurden 636.471 Stimmen. Davon entfielen auf Deutschnationale 190.422 (176.176), Deutsche Volkspartei 182.275 (141.466), Demokratische Partei 81.938 (57.164), WSPD, 419.087 (340.504), Kommunisten 51.559 (14.824), Wirtschaftspartei 6201 (17.725), Deutsche soziale Partei 10.200 (0), Zentrum 15.730 (17.564).

Chemnitz und Plauen

Chemnitz, 6. November.
In Chemnitz-Stadt erhielten in 140 von den 181 Bezirken WSPD, 44.841, Kommunisten 22.847, Deutschnationale 20.019, Demokraten 2042, Zentrum 634, Deutsche Volkspartei 3648, Deutschnationale Partei 172, in Plauen: WSPD, 17.752, Kommunisten 6192, Deutschnationale 14.723, Demokraten 5036, Zentrum 415, Deutsche Volkspartei 10.685, Deutschnationale Partei 301 Stimmen.

Mag sich dieses vorläufige Ergebnis in einzelnen auch noch ein wenig verziehen, mag eine sozialistische kommunistische aber fürzerliche Stimmeneinheit herauskommen, das eine sehr wichtige Umänderung ist. Die kommunistische Partei hat einen totalen Stimmengewinn zu verzeichnen. Ihre Stimmzahl hat sich seit 1920 mindestens verdreifacht.

Dieser gewaltige kommunistische Sieg wird in der Bedeutung um so größer, wenn man in Berechnung stellt, daß die Sozialdemokraten kein Mittel vermischt haben, unsere Partei zu verleumden und zu verführen, sie in den Augen der Arbeiterherb abzuhalten. Der Widerspruch der Gewerkschaftsführer zur Propaganda für die WSPD, ist nur eine dieser sozialistischen Gemeinheiten, die die sächsische Arbeiterherb den Koalitionspolitikern eine unwürdige Antwort gegeben. Das Wahlergebnis in Sachsen zeigt, daß die Arbeiterherb nicht mehr länger ihren Herrschaft, Gefolgschaft stellen mag.

Arbeiterrecht in Rußland

Die gesamte Presse der Partei, die durch ihre Vertreter in der Regierung und durch ihren Einfluß in den DGB, alle Maßnahmen der russischen Kapitalisten, die Lage des Proletariats zu verschlechtern, gutheißt, oder doch nach einem kurzen Scheitern endlich den Rückzug antizipiert, läßt es sich besonders angelegen sein, durch ihre menschenwürdigen Mitarbeiter die Tätigkeit der russischen Sowjet-Behörden und der russischen Gewerkschaften in den Not zu stellen.

Nach immer behauptet die menschenwürdigen-Presse wider besseres Wissen, selbst gegenüber den objektiven feststellungen bürgerlicher Zeitungen, daß die Lage der russischen Arbeiter eine schlechtere als die der deutschen sei. Der „Bormärts“ tut dies, obwohl letzteres, daß der Lebensstandard der russischen Arbeiter im Durchschnitt 50 Prozent der Vorkriegszeit übersteigen, in vielen Gebieten, insbesondere im Dongebiet, 70 Prozent der Vorkriegszeit erreicht hat. Weil diese „alten Kannalen“ nicht mehr zucken und weil des westeuropäische Proletariat sich immer mehr von der bourgeoisiefreundlichen Amerikander Bureaukratie ab- und der Taktik von den Grundrissen der Roten Gewerkschafts-Internationale abwendet, verlegt man sich jetzt auf ein anderes Gebiet.

Ein Buch mit sieben Siegeln sind dem „Bormärts“ und allen seinen Nachzeten in der Provinz (insbesondere natürlich auch den Schwablen des halbjährigen „Vollblattes“), trotz ihrer „russischen“ Mitarbeiter, die auf Grund der „neuen Wirtschaftspolitik“ oblag veränderten Aufgaben, Wirkungen und Erfolge der russischen Gewerkschaften. Er entwirft sich über die Wirtschaftspolitiken der Sowjetregierung, die an der Spitze dieser Betriebe stehen, die Exponenten einer kapitalistischen Ausbeutungspolitik sind, wie sie in privatkapitalistischen Betrieben in einer solchen Weise nicht zu finden sind. Man beruft sich auf Zeugnisse des Zentralorgans der russischen Gewerkschaften „Trud“ und bringt zusammenhanglose Auszüge aus Artikeln darüber, daß Verhandlungen betreffs Abgleich eines Kollektivabkommens mit einem kapitalistischen Trust nicht wie bei einem westeuropäischen Privatunternehmen zwei Tage, sondern drei Monate andauern, daß die Wirtschaftsführer nur zu schnell die Mühen kapitalistischer Betriebsleiter annehmen, das die Arbeiter und Arbeiterinnen die Rechte der Sozialgesetzgebung gekümmert werden, daß die Rechte der Betriebsauschüsse eingeschränkt werden u. a.

Wir haben wiederholt auf die grundlegend andere Rolle und Aufgaben der russischen Gewerkschaften im Gegensatz zu den Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern, mögen sie Amerikander oder Moskau angehängelt sein, hingewiesen, und wollen es noch einmal kurz tun unter Berücksichtigung der blöden Angriffe des „Bormärts“.

Die russischen Gewerkschaften, die den Begriff der „politischen Neutralität“ nicht kennen, fanden zum großen Teil in der Reaktionsperiode nach 1905 unter dem Einfluß von Menschevisten, die, dem Druck der Jarenregierung ausweichend, sich den gegebenen Verhältnissen anpassen wollten. Dies war nach der gegebenen Zustand nach der Februar-Revolution 1917. Wenn wie später in Deutschland wollten die Menschevisten die Gewerkschaften in den Dienst des Kerenskijschen Wiederaufbaus stellen. Dieses Betreiben gefährdet die Volksgewerkschaft durch ihre Nachbetrachtung und durch die anschließende, von bürgerlichen Vorkommnissen distanzierte Nationalisierungsperiode, die die Gewerkschaften zungun in die Rolle nicht nur der Kontrolle, sondern auch der Liebernahme und Leitung der Produktion. Das Verlangen des Proletariats der anderen Länder, die Angriffe aller kapitalistischen Staaten und der weisgerdigen Generale, die Blockade Rußlands, zwang die Sowjetregierung zum Wiederaufbau der in den Händen der Arbeiter und Bauern befindlichen Produktionsstätten, andere Methoden anzuwenden. Getreu der jedem kommunistischen und auch „sozialistischen“ WSPD-Gesichtspunkten Anträge, daß eine kommunistische Ziel auf lange Zeit unmöglich ist im Interesse des Kapitalismus, ging Sowjet-Rußland über zu der jetzt schon erläuterten „neuen Wirtschaftspolitik“, gab Konzeptionen, wandle „kapitalistische Methoden“ auch in den, dem obersten Volkswirtschaftsrat direkt unterstellten Betrieben an.

Aus diesen Gründen mußte sich auch die Rolle der Gewerkschaften, deren Bedeutung auch in der Arbeitsgesetzgebung die Kommunisten niemals genehmigt haben, ändern. Da die Gewerkschaften auch in Rußland angeführt der Umstellung der Wirtschaft vorwiegend die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen haben, weil auf Grund dieser Umstellung eine kollektive Verwaltung der Betriebe nicht möglich, sondern in die Hand einer dem Sowjetrat verantwortlichen Person übertragen werden mußte, ergab sich die Ausgestaltung der für den Betrieb zuständigen Gewerkschaft als Betriebsleiter nicht selbst. Diese Umstellung schloß nicht aus, daß sich der oberste Verwaltungsschicht und der einzelnen Trusts und Betriebe vorwiegend aus aktiven Mitgliedern der Gewerkschaften zusammensetzte. Selbstverständlich hatte diese eine Verantwortlichkeit verlorene Wirtschaft auf Folge eine Einschränkung des Einflusses der Arbeiter auf die Betriebsführung.

Die Bezeugung verantwortlicher technischer und Verwaltungsposten auch mit bürgerlichen Elementen, das Betreiben möglichst rentabel zu arbeiten, hatte selbstverständlich zur Folge ganz natürliche Gegenläufe mit den Arbeitern und den deren Interessen vertretenden Gewerkschaften. Die von niemand bestrittenen, selbst von landesweiten Beobachtern abgesehen, geht selbstverständlich nicht, in schnell, als wie es sich der „Bormärts“ und manche auch noch in Ruß-

Arbeiterkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelheft 10 Mark

Der Anzeigenpreis beträgt 10 — Mk. für den Zehnermeter Höhe und Spalte; 50 Mk. für den Monat; 100 Mk. für den halbjährigen; 200 Mk. für den jährlichen. Die Anzeigen werden an den Diensttagen von 10 bis 12 Uhr abends, größere tags vorher. — Postfach 1068, Leipzig 1068 48, Frau Frau, Halle

Einzelpreis 10 Mark

Montag, den 6. November 1922

2. Jahrgang, Nr. 260

Der Hunger treibt zur Verzweiflung

Hungerrevolten der Textilarbeiter in Fort

Fort (Sauff), 5. November.

Am Freitagabend ist es in Fort zu Unruhen gekommen. Nachmittags 4 Uhr hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Rathaus versammelt, um zu erfahren, welchen Ausgang die Schlichtungsverhandlungen in den Lohnangelegenheiten der Textilindustrie genommen hatten. Die Wägen beladen keine Anstalt, wurden nicht in das Rathaus hineingelassen, und ihre Entladung machte sich nacheinander in verweirter Weise Luft. Sie gingen durch die Stadt und erzwangen einen Zutritt zu den Geschäften der Lebensmittel- und Bekleidungsbranche. Die Arbeiter verlangten die Beschaffung von Lebensmitteln zu billigen Preisen. In mehreren Buchhandlungen widerstanden sich die eigenen billigen Einkäufe. Später plünderte die erregte Menge zwei Materialwarengeschäfte, ein Bekleidungsgeschäft und ein großes Schuhgeschäft. Durch die Zerstörung einiger Fabrikten wurden geschädigt. Schließlich gelang es dem Einfluß von örtlichen Arbeiterführern, die Menge von weiteren Plünderungen abzuhalten. In der Nacht traf Sappova Kottbus ein, und am Sonntagabend eine weitere Hunderttausend. Gegen dreißig Verzweiflungen wurde vorgenommen.

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Sonntagsausgabe diese Meldung ohne eine Zeile Kommentar. Sein Parteigenosse Hilferding hat als Agent der fetten Bourgeoisie, deren vielgroßes Angst vor drohenden Hungerrevolten durch den Verzweiflungsanbruch der hungernden Textilarbeiter in Fort neue Nahrung bekommt, im voraus bereits diesen Arbeitern den Stempel der „moralischen Entartung“ aufgedrückt. Er war es, der in Verhandlungen über ein „politisches Programm“ die Arbeiter als der „Plünderungs-Phylogenie“ verfallen benennete.

Dieses Gelächter des Stimmesorgans machte es den Herren um Mittagszeit, „vor neuen Anzeichen für den kommenden Winter“ gränzt zu machen. Geschichtliche Vorbehalte des Zentralorgans der Stimmesorgans, „Die Zeit“ verhängt politische Maßnahmen gegen die „kommunistischen Plünderer“.

Warum kann das Stimmesorgan so frech behaupten, daß neue Anzeichen drohen? Wie kann es ein Plünderer sagen, über die moralische Entartung und die Plünderungs-Phylogenie der Arbeiter zu sprechen?

Es kann nur das böse Gewissen sein, das diese Sündenbeladen dazu drängt, nach der Methode „hallet den Dieb“ einen Spektakel aufzuführen.

Sie wissen, daß infolge der rasend steigenden Teuerung die Kinder des Proletariats am Verhungern sind, daß die abgebrannten Frauen verzweifelt dem Geschäft zu Geschäften schleichen, ohne für den Bettelstolz, den der Mann mit nach Hause bringt, das kümmerlichste zum Leben beizubringen zu können.

Sie wissen, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angehörigen und Hinterbliebenen abgerufen und herunterkommen mit Schauern der Kälte des Winters entgegensehen!

Sie wissen, daß Hunger und Elend zu Verzweiflungsausbrüchen führen müssen, weil die schwache Regierung unfähig zur Hilfe ist und die Kapitalisten nicht helfen wollen. Sie wissen das alles und schreien — über die Kommunisten!

Wir aber legen den kapitalistischen Verwälfen und ihren Helfern: Ihr selbst und ganz allein Ihr seid Schuld an jeder Hungerrevolte!

Den Hungernden und Darbenden aber rufen die Kommunisten zu Plünderungen können Euch nicht helfen. Der Schade und der Schmerz, den Ihr damit der Bourgeoisie eintragt, ist bald überwunden und die Strafen werden der unerschütterlichen und pathologischen Bourgeoisie nur den willkommenen Anlaß bieten, durch einen grausamen Idealschub jedes Aufstrebens der Kampfeskraft in einem Wutsturm zu erstickend und dafür zu sorgen, daß Ihr durch Belagerungszustand und Ausnahmegericht ihnen notfalls und wechsig in die ausseuerlichen Klauen geliefert werdet.

Wir Kommunisten legen den Arbeitern: Jawohl, schreiet zur Selbsthilfe! Schafft Euch dafür Eure eigenen Organe, die proletarischen Kontrollausschüsse! Treibt Eure Betriebsräte zu selbstiger Tätigkeit, zu energiegelassen Maßnahmen an! Zieht Euch nicht zu Einzelkämpfen und Verzweiflungskämpfen an!

Normiert zum Selbstbetriebsratelosen zum organisierten Kampf der proletarischen Selbsthilfe!

geleht und der Schlichtungsordnung notwendig. — Der Reichsarbeitsminister sprach die Hoffnung aus, daß es in der Frage der Arbeitseize wie bisher zu einer Verständigung zwischen Regierung und Gewerkschaften kommen würde.

Dem Ruf des Reichsgewerkschaftsministers Robert Schmidt und des Reichsarbeitseizeverordnungsministers Hilferding folgten, haben die Gewerkschaften sofort ihre Schritte getan, um die von ihnen verlangte „Steigerung der Produktion“ möglichst schnell herbeizuführen. Sie betonten zwar vor dem Reichsarbeitsminister, daß sie „grundständig“, d. h. auf dem Papier, auf dem Boden des Achtstundentags stehen, sie sind aber bereit, in allen Industrien die durch die besonderen Verhältnisse nötigen Ausnahmen zuzulassen, genau so wie sie im Hinblick auf Zustimmung zur achtstündigen Schicht und bei der Reichsbahn zur Aufhebung des Achtstundentags durch die „Dienstverordnungen“ gegeben haben. Ja, die reformistischen Gewerkschaften wünschen, daß die Entwürfe der verschiedenen Arbeitseize, die die Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentags vorsehen, möglichst schnell Gesetz werden, damit das benötigte Antitrustgesetz, die Schlichtungsordnung gleichzeitig mit ihnen in Kraft treten soll. Diese Stellungnahme der Gewerkschaften wurde bereits praktisch die Preisgabe des Achtstundentags und das Einverständnis zur völligen Anhebung der Arbeitseize.

Kommunisten
Wahltagwahl
am 6. November.
Die kommunistische Partei ist emporgeschritten, die Gewerkschaften sind Groß-Beizig beträgt:

119 790
110 818
2 735
35 700
261 109
24 101

Offizien
am 6. November.
Zugewiesen wurden in die nationalsozialistische Partei 29 470 (18 496), in die Deutsche Volkspartei 1 036 471 Stimmen. Davon entfielen auf Deutschnationale 190 422 (176 767), Deutsche Volkspartei 162 275 (141 466), Demokratische Partei 61 938 (57 164), SPD 419 087 (340 561), Kommunisten 51 556 (14 824), Wirtschaftspartei 3201 (17 725), Deutsche Volksliste 10 300 (0), Zentrum 15 750 (17 564).

Cheunig und Mauen
am 6. November.
In Cheunig-Stadt erhielten in 140 von den 181 Bezirken: SPD 44 841, Kommunisten 22 847, Deutschnationale 20 018, Demokratische Partei 2242, Zentrum 634, Deutsche Volkspartei 26 488, Deutsche Volksliste 172, in Mauen-Stadt: SPD 17 755, Kommunisten 6192, Deutschnationale 14 723, Demokraten 5038, Zentrum 415, Deutsche Volkspartei 10 635, Deutschnationale Partei 301 Stimmen.

Arbeiterrecht in Russland

Die gesamte Presse der Partei, die durch ihre Vertreter in der Regierung und durch ihren Einfluß auf den ZSD, alle Maßnahmen der deutschen Kapitalisten, die Lage des Proletariats zu verschlechtern, geteilt, aber doch nach einem kurzen Scheitern endlich den Rückzug antritt, läßt es sich besonders angelegen sein, durch ihre menschenwürdigen Mitarbeiter die Tätigkeit der russischen Sowjet-Behörden und der russischen Gewerkschaften in den Not zu sehen.

Nach immer behauptet die Menschewisten-Presse wider besseres Wissen, selbst gegenüber den objektiven Zeugnissen bürgerlicher Zeitungen, daß die Lage der russischen Arbeiter eine schlechtere sei als der deutschen sei. Der „Vorwärts“ tut dies, obwohl feststeht, daß der Lebensstandard der russischen Arbeiter im Durchschnitt 50 Prozent der Vorkriegszeit überstiegen, in vielen Gebieten, insbesondere im Donagebiet, 70 Prozent der Vorkriegszeit erreicht hat.

Wird diese „alten Annahmen“ nicht mehr gelten und weil sie westeuropäische Proletariat sich immer mehr von der bürgerlichen Umherwanderer Bureaucratie ab- und der Taktik von den Grundrissen der Roten Gewerkschafts-Internationale zuwenden, verlegt man sich jetzt auf ein anderes Gebiet.

Ein Buch mit sieben Siegeln sind dem „Vorwärts“ und allen seinen Nachtretern in der Provinz (insbesondere natürlich auch den Schwindlern des holländischen „Volksblattes“), trotz ihrer „russischen“ Mitarbeiter, die auf Grund der „neuen Wirtschafts-politik“ völlig veränderten Aufgaben, Wirkungen und Erfolge der russischen Gewerkschaften. Er entwirft sich über die Wirtschaftsorgane der Sowjetregierung, die an der Spitze dieser Betriebe stehen, die Exponenten einer kapitalistischen Ausbeutungspolitik sind, wie sie in privatkapitalistischen Betrieben in einer solchen Weise nicht zu finden sind. Man beruft sich auf Verfügungen des Zentralorgans der russischen Gewerkschaften „Trud“ und bringt zusammenhanglose Auschnitte aus Artikeln darüber, daß Verhandlungen betreffs Abschluß eines Kollektivabkommens mit einem kapitalistischen Trud nicht wie bei einem westeuropäischen Privatunternehmer zwei Tage, sondern drei Monate andauern, daß die Betriebsräte nur zu dem Zweck der Abwehr kapitalistischer Betriebsleiter annehmen, das Arbeiter und Arbeiterinnen die Rechte der Sozialgesetzgebung geschmälert werden, daß die Rechte der Betriebsauschüsse eingeschränkt werden u. a.

Wir haben wiederholt auf die grundlegenden andere Rolle und Aufgaben der russischen Gewerkschaften im Gegensatz zu den Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern, mögen sie Amsterdam oder Moskau angefallen sein, hingewiesen, und wollen es noch einmal kurz tun unter Berücksichtigung der böden Angriffe des „Vorwärts“.

Die russischen Gewerkschaften, die den Begriff der „politischen Neutralität“ nicht kennen, haben zum großen Teil in der Reaktionsperiode nach 1906 unter dem Einfluß von Menschevisten, vor dem Druck der zaristischen Regierung ausweichend, sich den gegebenen Verhältnissen anpassen wollten. Dies war nach der gegebenen Zustand nach der Februar-Revolution 1917, wenn wie später in Deutschland wollten die Menschevisten die Gewerkschaften in den Dienst des zaristischen Wiederaufbaus stellen. Dieses Verhalten zerstörte die Volkseigenen durch die Unterwerfung und durch die anschließende, von bitterer Notwendigkeit differte Nationalisierungsperiode, die die Gewerkschaften zungun in die Falle nicht nur der Kontrolle, sondern auch der Unterdrückung und Zerstörung der Produktion. Das Verlangen des Proletariats der anderen Länder, die Angriffe aller kapitalistischen Staaten und der weißrussischen Generäle, die Sowjet-Russlands, zwang die Sowjetregierung zum Wiederaufbau der in den Händen der Arbeiter und Bauern befindlichen Produktionsstätten, andere Methoden anzuwenden. Getreu der jedem kommunistischen und auch sozialistischen AWC-Schönen gelungener Tatsache, daß eine kommunistische Ziel auf lange Zeit unmöglich ist im Meer des Kapitalismus, ging Sowjet-Russland über zu der sich schon erhaltenden „neuen Wirtschafts-politik“, gab Konzeptionen, wandte „kapitalistische Methoden“ auch in den dem obersten Volkswirtschaftsrat direkt unterstellten Betrieben an.

Aus diesen Gründen mußte sich die Rolle der Gewerkschaften, deren Bedeutung auch in der Vorkriegszeit die Kommunisten niemals geleugnet haben, ändern. Da die Gewerkschaften auch in Russland angefangen der Umstellung der Wirtschaft vornehmend die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen haben, weil auf Grund dieser Umstellung eine kollektive Verwaltung der Betriebe nicht möglich, sondern in die Hand einer dem Sowjetstaate verantwortlichen Person übertragen werden mußte, ergab sich die Ausgestaltung der für den Betrieb zuständigen Gewerkschaft als Betriebsleiter von selbst. Diese Umstellung schloß nicht aus, daß sich der obere Verwaltungsapparat und der einzelnen Trupps und Betriebe vornehmend aus aktiven Mitarbeitern der Gewerkschaften zusammenleiste. Selbstverständlich hatte diese eine Rentabilität verlangende Wirtschaft zur Folge eine Einschränkung des Einflusses der Arbeiter auf die Betriebsführung.

Die Befolgung verantwortlicher technischer und Verwaltungsposten auch mit bürgerlichen Elementen, das Betreiben möglichst rentabel zu arbeiten, hatte selbstverständlich zur Folge ganz natürliche Gegenläufe mit den Arbeitern und den deren Interessen vertretenden Gewerkschaften. Die von niemand bestrittenen, teilweise vordringenden Lebensbedingungen abzuändern, geht selbstverständlich nicht los, selbst, als wie es sich der „Vorwärts“ und wurde auch noch in Russland.

Die Spitzenverbände für Aufhebung des Achtstundentags

Berlin, 5. November.

Ant Mittelfeld des WTB, haben die vier Spitzenverbände der Gewerkschaften am Sonntag eine Delegation zum Reichsarbeitsminister geschickt, um ihm ihre Stellungnahme zur Frage der Arbeitseize darzulegen. Die Gewerkschaften sind bereit, ihre Mitwirkung zu einer möglichst ergebnisreichen Ausübung der Arbeitseize zu geben und zu ihrer Anpassung an die durch Zeit und Umstände bedingten besonderen Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft. Die Gewerkschaften wünschen, daß die schwache Arbeitseizegesetzgebung dem Rechnung rasch dadurch, daß sie sich grundlegend auf den Boden des Achtstundentags stelle, gewisse Ausnahmen für Notfälle vorsehe, aber im übrigen es den Tarifverträgen überlasse, den Belohnungsarbeiten der wirtschaftlichen Lage im Interesse des Gesamtvolkes Genüge zu tun. In diesem Zusammenhang erfordern die Gewerkschaften eine möglichst gleichzeitige Verlegung und Beratung der Arbeitseizegesetzgebung mit dem Tarifgesetz, dem Arbeitsgerichtsgesetz

Wag sich dieses vorläufige Ergebnis im einzelnen auch noch ein wenig verfolgen, mag eine sozialistisch-kommunistische oder bürgerliche Stimmensmehrheit herauskommen, das eine fest unumkehrbar ist. Die kommunistische Partei hat einen kolossalen Stimmenszuwachs zu verzeichnen. Ihre Stimmenszahl hat sich seit 1920 mindestens verdreifacht.

Dieser gemaltige kommunistische Sieg wird in der Bedeutung um so größer, wenn man in Verbindung stellt, daß die Sozialdemokraten kein Mittel verschmäht haben, unsere Partei zu verkleinern und zu verzerren, sie in den Augen der Arbeiterklasse herabzusetzen. Der Mißbrauch der Gewerkschaftsleiter zur Propaganda für die SPD, ist nur ein Beispiel dieser Politik geworden. Inwiefern hat die tatsächliche Arbeiterklasse den Koalitionspolitiken eine unabweisende Antwort gegeben. Das Wahlergebnis in Sachsen zeigt, daß die Arbeiterklasse nicht mehr länger ihrem Feindern Gefolgschaft leisten mag.

